

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen können die Anzeigen...
Telegraphische Anzeigen...
Anzeigen...
Anzeigen...

Verlegungen können die Anzeigen...
Telegraphische Anzeigen...
Anzeigen...
Anzeigen...

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 60

Dienstag, den 11. März 1924

19. Jahrgang

General v. Lossow als Zeuge.

Am Montag wurde nun im Hitler-Ludendorff-Prozess der erste der Hauptzeugen, der General von Lossow, vernommen. Seine Ausführungen, die mit Ruhe und Sicherheit vorgebracht wurden, begannen ebenfalls mit einem Grundriß seiner politischen Ansichten. Der Andrang war wieder sehr stark, die Hörsperrenmaßnahmen und Unterbrechungen der Anwesenden nach Waffen sehr spärlich.

Gundacht gibt der Vorsitzende eine Erklärung zu dem Fall „Unteroffizier Ebert“, dem angeblich sein Onkel, Fritz Ebert, der jetzige Reichspräsident, den Ausschluß der Revolution nach vor dem 2. November 1918 mitgeteilt haben sollte. Zu der Veröffentlichung des Hauptmanns Funk wird festgestellt, daß der genannte Unteroffizier Ebert nicht ein Neffe des Reichspräsidenten ist. Von den drei Söhnen des Reichspräsidenten sind zwei gefallen, während der dritte, der nach in Frage kommen könnte, zu der fraglichen Zeit schwer verwundet in einem anderen Frontabschnitt befand.

Sodann begann Lossow über seine politische Einstellung zu sprechen. Er sagte, daß er seit dem Sommer 1923 aus dem Norden dahingehend orientiert worden ist, daß man Rettung nur von einem Direktorium erwarten könne. Dieses Direktorium sollte rechts eingelenkt, rein national, mit diktatorischen Vollmachten ausgerüstet und unabhängig von parlamentarischen Einflüssen und Hemmungen sein. Ein Direktorium, das nur aus wenigen homogen eingestellten Männern bestehend, die nötigen Maßnahmen treffen müßte, um Deutschland, das sich damals im vollen Sturz in den Abgrund befand, zu retten. Die Herbeiführung dieses Direktoriums war nicht gedacht durch einen Putsch, sondern auf Grund der Möglichkeiten, die der Artikel 48 der Reichsverfassung bietet. An die Spitze des Direktoriums sollte ein Mann kommen, dessen Name nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland Geltung hatte, Autoritäten sollten für die Finanzen, für die Ernährung, für die Staatsbetriebe usw. sorgen. Der schematische Aufbauplan sollte besetzt werden. Einiges aus diesem Programm ist inzwischen unter dem Ausnahmestand durchgeführt worden, aber wenn das alles schon eher geschehen wäre, hätte viel Unheil verhindert werden können. Als das Generalkommissariat geschaffen wurde, herrschte Uebereinstimmung zwischen Raahr, Seiber und Lossow, daß verschiedene Vorbedingungen erfüllt werden müßten: vor allem genaue Durchsicht des Programms und kein Rücktrittswort aus Geradenwohl und die Notwendigkeit, daß die Reichswehr hinter dem zu bildenden Direktorium stehen müsse. Auf dieses Programm hin, auf das alle nationalen Kreise in Deutschland eingestellt worden sind, haben Deute, die in politischen Versammlungen den Mund nicht weit genug aufreißen konnten, deren Abneigung mit ihrem Willen nicht in Einklang zu bringen ist und deren Triebfeder nur politischer Ehrgeiz ist, das Schlagwort vom „Marsch nach Berlin“ geprägt. Dieses Schlagwort, mit dem in vaterländischen Versammlungen und in der böhmischen Presse Propaganda getrieben wurde, habe für ihn etwas Rindliches. Er spricht aus ihm ein Mangel an Verantwortlichkeit und Einsicht.

Am 27. September wurde der Ausnahmestand erklärt. Sofort (sagte Lossow wahrlich) begann nun ein lebhaftes Telephonieren aus Berlin. General Lossow solle den Generalkommissar Raahr an die Wand drängen und alle Verantwortlichkeit solle nur bei Lossow liegen. Man drückte dauernd auf mich. Man stelle man sich vor, wie lächerlich es hier in München vorgekommen wäre, wenn morgens um 7 Uhr Herr v. Raahr ins Amt käme und wenn zwei Stunden später der damals noch selbste dank noch unbekannt Lossow nun seinerseits das für falsch erklärt hätte, was Raahr vorher angehängen hatte. Die Lage folgte sich immer mehr und mehr zu und ich bekam von Berlin aus den Befehl dem bayerischen Generalkommissar mit Waffengewalt ins Handwerk zu pfuschen. Am 20. Oktober erhielt ich Befehl, zurückzutreten. Ich war stets bereit, mein Amt niederzulegen. Ich habe nie politischen Ehrgeiz besessen. Nur durch die Verhältnisse, ganz gegen meinen Wunsch, bin ich in den Vordergrund der Politik gerückt worden. Ich habe niemals den Wunsch gehabt, die Vorkühlerrolle mitzumachen; für mich war meine politische Tätigkeit ein Martyrium bis zum letzten Tage.

Auf die Infanterieschule eingehend erklärte Lossow zu dem Schwarzweissrot, der am schwarzen Brett der Infanterieschule angehängt war und über den hier alles Mögliche erzählt worden ist: „Aus vielen Truppendeilen ist der Wunsch an mich gelangt, ich solle die Schwarzweissrote Kokarde einführen. Dieser Wunsch liegt auch mir am Herzen. Ich betone jedoch, daß der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich nicht um weis-

blau, sondern um Schwarzweissrote Interessen geht, und ich muß aus diesem Grunde jetzt die Forderung nach der Schwarzweissroten Kokarde ablehnen. Es muß alles vermieden werden, was auf neue als eine Trennung empfunden werden könnte.“

Über Hitler sagte Lossow folgendes: Ich lernte ihn am 26. Januar 1923 kennen. Es befand damals ein leichter Konflikt zwischen Herrn Hitler und der Staatsautorität. Dann suchte mich Hitler in zwei Wellen auf: erste Welle Januar bis April, zweite Welle Oktober 1923. Die Initiative, wie ich hier betone, ist stets von Hitler ausgegangen. Es war sein steter Wunsch mich unter vier Augen zu sprechen; ich dagegen wünschte ihn nur in Gegenwart eines Zeugen, meines Generalstabschefs zu hören. Hitler entwickelte sein bekanntes Programm: Kampf gegen den Marxismus und die Novemberverbrecher. Die suggestivste Berechtigung Hitlers machte auf mich anfangs Eindruck. Je öfter ich ihn aber hörte, desto mehr schwächte sich der Eindruck seiner Persönlichkeit ab. Hat man Hitler seinen Willen, so war alles gut. Konnte man das nicht, so war man eben unten durch.

An die Spitze des von ihm geplanten Direktoriums sollte Hitler treten; er machte mir den Vorschlag, ich solle das Reichswehrministerium, Seiber das Polizeiministerium übernehmen. Hitler glaubte damit die 7. Division und die Landespolizei gewinnen zu können. Ich habe lächelnd abgelehnt. Ich bin doch kein berufsloser Kommissar, der glaubt, durch einen Putsch zu neuen Ehren oder Würden kommen zu können. Hitler setzte bei mir einen Ehrgeiz voraus, den ich nicht hatte.

Zu Erzeleny Ludendorff habe ich in den letzten Jahren, seitdem er in München anständig ist, gesellschaftliche und zwar nur gesellschaftliche Beziehungen gehabt. Dabei habe ich mehrfach von ihm die Ideen vernommen, die er vor einiger Zeit hier im Saal in großer Ausführlichkeit erörtert hat.

Am 22. Oktober sollte dann die Inpflichtnahme der bayerischen Divisionen stattfinden. Ich hatte das Bedürfnis, Ludendorff am Tage vorher, hierüber zu orientieren und besuchte ihn am Nachmittag des 21. Ich legte ihm dar, daß die Inpflichtnahme der Truppen keineswegs eine Separation bedeute. Ich wünschte nicht, daß er bei der zu erwartenden Hege gegen Bayern und die bayerische Reichswehr ein falsches Bild haben möge. Aus diesem Grunde habe ich ihn aufgeklärt und gebeten, in den ihm nahestehenden Kreisen in Nord und Süd aufklärend zu wirken. Ludendorff sagte, daß er dieses Vorgehen tatsächlich nicht als eine Weisblau-Sonderaktion, sondern als eine unter Schwarzweissrot erfolgende Tat betrachte und in diesem Sinne wirken würde. Er legte mir auch nahe, vor allem Hitler in Bezug auf die Propaganda, die seit der Schaffung des Generalkommissariats überhaupt unterbunden war wieder freie Hand zu geben. So lauten meine Notizen über diese Besprechung mit Ludendorff.

Ich muß es zu meinem Bedauern als Irrig bezeichnen, wenn Ludendorff hier ausgeführt hat, Raahr und Lossow wollten nunmehr die innerdeutschen Verhältnisse entschleiden beeinflussen, über der bayerische Staat wollte mit seinen Machtmitteln die Lösung der innerdeutschen Verhältnisse in die Hand nehmen. Ich betone, Raahr und Lossow wollten das Direktorium. Entscheidend die Dinge zu beeinflussen, das haben wir immer als über unsere Kraft gehend betrachtet.

Am 28. Oktober war ich wieder bei Ludendorff. Dieser drängte wiederum, Hitler die Propaganda freizugeben. Am 24. Oktober war die Besprechung im Wehrkreiskommando mit den Vertretern der vaterländischen Verbände. Am 25. Oktober fand bei v. Raahr eine Unterredung mit Minsow statt. Ludendorffs Einstellung war damals schroff ablehnend. Mein Eindruck war der: Ludendorff hielt vom 20. Oktober bis zum 8. November die Lösung der deutschen Fragen für möglich, wurde aber von Hitler und seinem Anhang unablässig zur Aktion, zur Lösung mit Gewalt, aber die man zu verfügen glaubte, gedrängt. Seine Haltung war mir jedenfalls nicht klar. Am 31. Oktober ging ich wieder zu Ludendorff, um ihn über diese Ereignisse aufzuklären. Ich betonte damals, daß Ludendorff einen Namen zu verlieren habe, der nicht nur ihm, sondern auch Deutschland gehöre, einen Namen, der nicht kompromittiert werden dürfe. Die Älteren Deuts müßten gegenüber dem Draufgänger Hitler den Verband bewahren. Ludendorff wollte einen Beauftragten nach Berlin senden, um dort zur Idee zu drängen und Deut in der Sube zu machen.

Zum Schluß gab Ludendorff eine Erklärung ab, die ich mir sofort notierte: „Wir wollen lokal gegeneinander sein und im gegenseitigen Einvernehmen arbeiten. Sollte ich es mit meinem Gewissen nicht mehr verantworten können, mit Ihnen den gleichen Weg zu gehen, dann werde ich lokal das Verhältnis kündigen, erst dann

soil jeder wieder seine volle Freiheit zum Handeln haben.“ Ich habe dann nicht nur gegenüber Hitler und Ludendorff, sondern auch gegenüber den vaterländischen Verbänden betont, daß der Name Ludendorff innen- und außenpolitisch für eine Diktatur nicht tragbar sei, daß aber Ludendorff dem Direktorium wohlwollend gegenüberstehen müsse. Auch Hitler sei für die Diktatur nicht befähigt. Seine Fähigkeiten lägen auf dem Propagandagebiet und man könne ihn für die Diktatur als politischen Trommler ausnutzen. Die Lage wurde von Tag zu Tag kritischer. Die böhmischen Zeitungen predigten die Aktion, die Aufstellung des politischen Grenzschutzes an der bairisch-sächsischen Grenze steigerte die Erregung unter den vaterländischen Verbänden, die Eiferucht unter ihnen nahm zu, jeder Verband wollte der erste sein und fürchte, der andere könne ihm zuvorkommen.

Aus dieser Befürchtung heraus betrieb Raahr die Führer der Verbände am 6. November zu sich. Der Zweck der Besprechung war der, daß sich Raahr, Lossow Seiber unzweideutig gegen einen Putsch oder ähnliches aussprechen wollten. Raahr hat das in sehr ernster Weise getan. Sein positives Ziel bewegte sich in der Richtung des Direktoriums, sein negatives war die fröchtige Absage gegen eigenmächtiges Vorgehen und gegen die Putschabsichten. Was Raahr damals gesagt hat ist später in Flugschriften und hier im Prozeß in ungläubiger Weise verdreht worden. Am Abend dieses Tages entschloß man sich, den Putsch allein zu machen, weil man erkannt hatte, daß Raahr, Lossow und Seiber nicht mitmachen. Ich habe bei der zunehmenden Spannung die mir unterstellten General Stroh, Ruitz und Tanner alle paar Tage eingehend informiert, auch die Stadträte nach München berufen, um sie über die politische Lage und meine Haltung zu informieren. Bei keiner der Besprechungen ist das Wort „Marsch nach Berlin“ gefallen, auch Seibers Weis nach Berlin war nur informativ. Am 6. und 8. November war Admiral Scheer hier und besuchte mich. Ich beachtete ihn nicht als Abgesandten von Stresemann. Er ist ein Mann, in dem die Liebe zum Vaterland genau so groß ist, wie bei dem besten Patrioten, der sich hier im Saale befindet. Es ist nicht wahr, daß Scheer von Raahr, Seiber und mir nicht richtig bedient worden ist. Wir waren reiflos offen und konnten es auch, weil Scheer auch auf dem Boden des Direktoriums stand.

Auch bei der Besprechung am 7. November bei Ludendorff war keine Rede von einem Marsch auf Berlin, sondern nur vom Druck auf Berlin. Es ist dann hier über meine angeblichen Beziehungen zu Dr. von Scheubner-Richter gesprochen worden. Ich kannte ihn von meiner Tätigkeit als Militärbevollmächtigter in Konstantinopel. Als er im Februar 1923 mit Bescheidener ausenden und mich aufsuchen wollte, habe ich mir belides verbeten. Das waren meine „Beziehungen“ zu ihm. Nichts von dem, was angeblich durch ihn von mir gekommen sein soll, ist von mir gekommen.

Es ist hier ferner gesagt worden, Raahr, Lossow und Seiber hätten für den 12. November oder für die Zeit vom 12. bis 15. ein Unternehmen vorgehabt. Es sollte die Diktatur Raahr, Lossow als Konkurrenzunternehmen gegenüber der Diktatur Hitler-Ludendorff gepflanzt gewesen sein. Das erste, was ich hierüber vernommen habe, hörte ich aus der Zeitung und ich war sehr überrascht, es zu erfahren. Kein Wort ist an dieser Darstellung wahr, soweit Raahr, Lossow und Seiber in Betracht kommen. Sie ist rein aus der Luft gegriffen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung äußerte sich Lossow über die Vorgänge im Bürgerbräukeller: Obwohl es der Jahrestag der Revolution war ist mir nicht der Gedanke gekommen, daß irgend etwas passieren könnte. Von linksradikaler Seite war nichts zu befürchten; wie hätte ich denken können, daß in einer Versammlung nationalgesinnte Männer von anderen nationalen Kreisen ein Ueberfall verübt werden würde! Ich hatte auch, weil ich zu einer nationalen Versammlung ging, keine Schutzwaffen eingepackt.

General v. Lossow schilderte im Anschluß den Eindruck, den er beim Betreten des Saales bekam, wie Hitler im Saal eintreten und mit vorgehaltenem Revolver Raahr gegenübertrat, wie er dann die nationale Revolution ausrief. Hitler ersuchte uns dann in sehr barschem Befehlston, ihm zu folgen. Deute, die in unserer Nähe standen, hielten uns Histen vor und pöbten auf, daß wir nicht eine Waffe vorziehen könnten. Vor dem Zimmer, in das wir geführt wurden, standen aufgezogene Deute bis an die Zähne bewaffnet.

Über die Vorgänge im Bürgerbräukeller sagte v. Lossow weiter aus, daß die dorthin gedachten Herren zunächst von allen Seiten mit Histen und Gewehren bedrängt und bedroht gewesen seien. Besonders Hitler habe sich hervorgetan. Er habe die neue Regierung in einer Art und Weise angegriffen, als befände er sich auf

Konzert
Remanden.
Bürgergarten
1, Bloline,
Otto, Alch,
Lette.
stellen:
rchstraße,
rleser,
rmlich,
a.
jung.
rrhausaal
Jugend
andes.
en
en
me
um der
Unged.
bl. erb.
11.
r
ffstattr. im
s-Mittm., 8
7 1/2 Jahre
Betriebs-
Rafsch.-Fabr.
lalt erbeten.
ig
chaft